

Positionspapier der Wirtschaftsinitiative Lausitz zur Kommission für „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ und für die Strukturentwicklung in der Lausitz

Die Wirtschaftsinitiative Lausitz e.V. (WiL) ist eine regionale Aktions- und Netzwerkplattform der Lausitz. 2009 von Lausitzer Unternehmen gegründet, engagieren sich heute Unternehmen, Institutionen, Kammern und Kommunen von Lübbenau bis Zittau in der WiL. Die WiL arbeitet branchen- und länderübergreifend, in der brandenburgischen und sächsischen Lausitz. Hauptanliegen der WiL und ihrer Mitglieder ist es, den Wirtschaftsstandort Lausitz nachhaltig zu stärken.

Die Lausitz ist ein starker Industriestandort mit Unternehmen wie der LEAG, BASF, Theo Müller (Molkerei), Bombardier und Siemens mit rund 50.000 Arbeitsplätzen. Teil dieser Struktur ist der Mittelstand, der den Erfolg der großen Unternehmen erst möglich macht und Arbeitsplätze in ähnlicher Größenordnung aufweist.

Der Anteil der Industrie an der Wertschöpfung beträgt ca. 30 % und liegt deutlich über den Werten für die Neuen Bundesländer mit ca. 23 % und auch über den Werten für die Alten Bundesländer mit ca. 27 %. Die Berichterstattung der letzten Monate hat gezeigt, dass diese industrielle Struktur in den Bereichen Bergbau, Stromerzeugung, Elektrotechnik und Schienenfahrzeugbau massiv gefährdet ist, wobei bei Siemens und Bombardier erfreulicherweise Stabilisierungskonzepte vereinbart wurden. Diese Gefahren treffen in vollem Umfang auch den Mittelstand, der in die Produktionsprozesse der großen Unternehmen integriert ist.

Die regionalen Akteure haben auf diese Entwicklung mit der Gründung der Innovationsregion Lausitz (iRL) unter der Führung der IHK Cottbus, der HWK, des UVB, der WiL und der BTU Cottbus reagiert. Die iRL ist eine wirtschaftsnahe Beratungsinitiative, die mit den Unternehmen Konzepte zur Weiterentwicklung und Sicherung der Unternehmen erarbeitet. Die Zusammenarbeit erfolgt mit großen Unternehmen, dem Mittelstand aber auch Gründern.

Die Bereiche Bergbau und Stromerzeugung sind in besonderer Weise gefährdet. Hier ist es nicht der internationale Wettbewerb, sondern die Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland den CO₂-Ausstoß zu reduzieren.

Wirtschaftsinitiative Lausitz e.V.

Büro Brandenburg

Altmarkt 17
03046 Cottbus
Tel. +49 3 55 - 28 91 30 90
Fax +49 3 55 - 28 91 30 99

Büro Sachsen

Straße des Friedens 13-19
02943 Weißwasser
Tel. +49 3 55 - 28 91 30 90
Fax +49 3 55 - 28 91 30 99

info@wil-ev.de
www.wil-ev.de

Vorstand

Dr.-Ing. E.h. Michael von Bronk (Vorsitzender)
Jürgen Fuchs (Stellv. Vorsitzender)
Bernd H. Williams-Boock (Stellv. Vorsitzender)
Dieter Maier-Peveling (Schatzmeister)
Katrín Bartsch
Torsten Berge
Knut Deutscher
Michael Stein

Geschäftsführer

Klaus Aha
Michael Schulz

Sparkasse Spree-Neiße
IBAN: DE15 1805 0000 3000 0529 24
BIC: WELADED1CBN

Vereinsregister Cottbus 4751
Amtsgericht Cottbus
St.-Nr.: 056/142/07908

Die Stromerzeugung hat bereits einen wesentlichen Beitrag geliefert, während in anderen Sektoren keine oder nur geringe Fortschritte zu verzeichnen sind.

Die LEAG mit ihrem Bergbau und der Stromerzeugung hat auf der Basis der Beschlüsse der Bundesregierung und den internationalen Vereinbarungen im März 2017 ein Revierkonzept vorgelegt, das einen langfristigen Auslaufpfad der Braunkohlewirtschaft in der Lausitz definiert, mit einem schrittweisen Rückgang für Beschäftigung und Wertschöpfung in der Region. Eine Beschleunigung dieser Entwicklung durch mögliche Entscheidungen der „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hätte erhebliche negative Folgen für die Wirtschaftsregion Lausitz, die hier lebenden Menschen und eine sichere Versorgung der deutschen Stromkunden, insbesondere in der Industrie.

Die Lausitz hat bereits durch die industrielle Abwicklung nach der Wende schmerzhafteste Strukturbrüche erfahren. Ihre Folgen sind auch Jahrzehnte später noch sichtbar und für die Menschen spürbar und spiegeln sich auch in der politischen Entwicklung wider. Die Bundesregierung steht in der Pflicht und Verantwortung, dass weitere disruptive Einschnitte in die Wirtschafts- und Lebensplanungen der betroffenen Menschen vermieden und stattdessen Zukunftschancen verbessert werden. Die im Titel der Kommission geführten Begriffe „Wachstum“ und „Beschäftigung“ müssen mit Leben gefüllt werden.

Das in der Region mit den Ländern Sachsen und Brandenburg breit diskutierte, abgestimmte und genehmigte Revierkonzept sieht ein Auslaufen der Braunkohleverstromung zur Mitte des Jahrhunderts vor. Dies ist im Einklang mit den Beschlüssen der Bundesregierung. Die LEAG plant auch keine Erschließung weiterer bisher nicht in der Planung berücksichtigter Tagebaue. Damit ist das Revierkonzept – wie alle Revierkonzepte in Deutschland – vollständig kompatibel mit den völkerrechtlich verbindlichen Pariser Klimaschutzvereinbarungen. Im Zentrum der Arbeit der Strukturkommission muss daher die Begleitung des bereits eingeleiteten Ausstiegs aus der Braunkohle durch geeignete Strukturförderung stehen. Dabei sind insbesondere folgende 6 Punkte zu beachten:

1. Sonderrolle Lausitz

Aufgrund ihrer Wirtschaftsstruktur nimmt die Lausitz unter den deutschen Braunkohlerevieren eine Sonderrolle ein. Wie zuletzt nochmals durch das Gutachten des RWI bestätigt (RWI, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung 01/2018) besteht hier der größte

Handlungsbedarf für eine zukunftsorientierte Regionalentwicklung. Das Lausitzer Revier hat von allen BK-Revieren die schlechtesten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Strukturentwicklung. Gleichzeitig ist in keinem anderen Revier die derzeitige Abhängigkeit der Region von der BK-Wirtschaft höher als in der Lausitz. Dies zeigt sich insbesondere am Anteil der im BK-Sektor (indirekt/direkt) Beschäftigten an der Gesamtheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bzw. Einwohner (Faktor 2-6 ggü. den anderen Revieren). Dieser Situation ist bei den Empfehlungen der Strukturkommission im Besonderen Rechnung zu tragen.

2. Schritt für Schritt

Die heutige Wirtschaftsstruktur der Lausitz ist stark geprägt durch einige wenige industrielle Kerne (Braunkohlewirtschaft, Chemie, Stahl und Ernährung) und daran gekoppelte tiefe Wertschöpfungsketten. Einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren für einen gelungenen Strukturwandel, so zeigen vielfältige nationale und internationale Beispiele, ist unter diesen Voraussetzungen der Faktor Zeit. Die WiL geht davon aus, dass mindestens 3 Jahrzehnte für eine geordnete Entwicklung benötigt werden. In dieser Zeit sind die bestehenden Strukturen mit Hilfe des Staates sukzessive umzubauen und politisch induzierte Strukturbrüche zu vermeiden.

3. Zug um Zug

Die Investitionen und der Betrieb der Kraftwerke und Tagebaue in der Lausitz basieren auf vertraglichen Vereinbarungen mit der Bundesrepublik Deutschland aus den 90iger Jahren. Dadurch sollte eine sichere und stabile Stromversorgung in Ostdeutschland gesichert werden. Davon kann sich die Bundesrepublik nicht einseitig verabschieden. Die Mitglieder der WiL vertrauen drauf, dass die Bundesregierung sich an die Zusagen des Bundeswirtschaftsministers Altmaier gebunden sieht, dass „kein Kumpel gegen seinen Willen den Arbeitsplatz verlieren soll“. Hervorzuheben ist, dass die „Kumpel“ im Bergbau nur den kleineren Teil der betroffenen Arbeitnehmer in der Lausitz darstellen. Erfahrungsgemäß ist der Mittelstand mit seinen Mitarbeitern sehr viel stärker von den Veränderungen betroffen.

Der über Jahrzehnte dauernde Prozess der Strukturentwicklung ist aus Sicht der WiL nur bedingt im Voraus planbar. Aus diesem Grund sind die Maßnahmen zur Strukturentwicklung anhand von Meilensteinen zu planen, die Wirkungen laufend zu monitoren und bei Zielabweichung durch geeignete Maßnahmen nachzujustieren. Ausstieg aus dem Vorhandenen und Einstieg in neue Geschäftsfelder müssen dabei im Gleichschritt erfolgen. Dabei steht die Bundespolitik in der Pflicht und der Verantwortung, den durch ihre Politik betroffenen Menschen, gemeinsam mit den regionalen Akteuren konkrete und gute Alternativen anzubieten. Das Feld der Maßnahmen ist durchaus weit zu fassen, wie Fragen der Finanzierung und Absicherung von Veränderungsprozessen, der Unterstützung bei der Ansiedlung und auch Initiativen zur Stärkung des Selbstbewusstseins und der öffentlichen Wahrnehmung der Region über Markenbildungsprozesse.

4. Versorgungssicherheit und Strompreise

Die deutsche Wirtschaft, und so auch die Mehrzahl der Mitglieder der WiL, stellen sich dem internationalen Wettbewerb. Aufgrund überproportional hoher Abgaben und Steuern auf Strom hat Deutschland sowohl in Europa die höchsten Industriestrompreise als auch im globalen Vergleich mit die höchsten Strompreise. Eine weitere Belastung der Wirtschaft ist unbedingt zu vermeiden.

Nach Angaben der ENTSO-E und der BNetzA ist Deutschland bereits ab 2020 bzw. 2023 nicht mehr in der Lage, sich jederzeit sicher mit Strom zu versorgen. Da gleichzeitig die gesicherte Stromerzeugung durch konventionelle Kraftwerke überall in Europa zurückgeht und die erneuerbaren Energien mangels ausreichender Speicher de facto nichts zur gesicherten Stromversorgung beitragen, hat die WiL erhebliche Zweifel, dass in dieser Situation das europäische Verbundsystem in der Lage ist, die Versorgung jederzeit sicherzustellen. Dieser Situation ist durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken und keinesfalls weiter zu verschärfen.

5. Keine Alimente und Sozialprogramme, sondern zukunftsfähige Strukturen und Arbeitsplätze

In der öffentlichen Wahrnehmung und z. T. auch politischen Debatte, wird die Strukturdebatte oftmals auf die sichere Versorgung der derzeit in der Braunkohle Beschäftigten reduziert. Ausgeblendet werden dabei die Menschen, die in großer Zahl in mittelständischen Unternehmen insbesondere in den Bereichen Handwerk, Service und Logistik arbeiten und die eine wettbewerbsfähige Stromversorgung überhaupt erst möglich machen. Ihre Zahl ist größer als die Mitarbeiter der LEAG, ohne dass für sie irgendwelche wirtschafts- oder sozialpolitischen Lösungen in Sicht wären. Aus Sicht der WiL muss die nachhaltige Schaffung von Arbeitsplätzen mit einer entsprechenden Wertschöpfung wie heute stärker in den Vordergrund gerückt werden. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist die Entwicklung einer leistungsfähigen Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Digitalisierung, Bildung und Forschung sowie eine angemessene Investitionsförderung.

6. Ausbau von Infrastruktur/Vereinfachung und Beschleunigung der dazu notwendigen Planverfahren

Für eine erfolgreiche Strukturentwicklung sind die (europäischen) Beihilferegeln und gesetzlichen Planungsregelungen (z. B. Verkehrswegausbau über den Bundesverkehrswegeplan) zu aufwendig und langwierig. Im Rahmen einer Modellregion sind daher beschleunigende und vereinfachende Verfahren zu entwickeln und mit der EU abzustimmen, um Investitionshemmnisse zügig zu beseitigen. Dies sind u. a. Verfahren, wie sie nach der Wende zur Förderung von Investitionen Geltung hatten. Eine zeitlich begrenzte Geltung solcher Bestimmungen könnte helfen, den Übergangsprozess zu unterstützen. Wichtig ist ebenfalls ein Sonderansatz für Investitionen in Verkehrswege und Kommunikationstechnologien, damit die Lausitz nicht jeweils gegenüber den Ballungszentren zurück gestellt wird.

Lausitz, 15. August 2018